

Politik zu erschließen, die Volkswirtschaft kontinuierlich und dynamisch zu entwickeln, das sozialistische Eigentum zu mehren und zu schützen.

Neben dem sozialistischen Eigentum an den Produktionsmitteln und der staatlichen Leitung und Planung der Volkswirtschaft hat sich im Verlaufe der sozialistischen Revolution die *sozialistische ökonomische Integration* zu einer ökonomischen Grundlage der sozialistischen Gesellschafts- und Staatsordnung entwickelt. Die sozialistische ökonomische Integration wird entsprechend dem Komplexprogramm des RGW vom Juli 1971 ausgebaut. Eine besondere Bedeutung für die Verwirklichung der volkswirtschaftlichen Strategie der achtziger Jahre in der DDR kommt dem Programm der langfristigen Spezialisierung und Kooperation der Produktion zwischen der UdSSR und der DDR zu.

Im Mittelpunkt der staatlichen Abstimmungen zur Vertiefung der sozialistischen ökonomischen Integration stehen:

- die Koordinierung der Fünfjahrpläne zwischen den Ländern, die im RGW zusammenarbeiten;
- die Erarbeitung und Realisierung langfristiger Programme in entscheidenden Wirtschaftsbereichen, insbesondere zur Sicherung des Energie-, Rohstoff- und Ausrüstungsbedarfs der Volkswirtschaften der RGW-Länder, zur Sicherung des Verkehrs- und Transportbedarfs, zur Erzeugung der erforderlichen Nahrungsmittel sowie zur Steigerung der Konsumgüterproduktion;
- die Beteiligung an multi- und bilateralen Forschungs-, Entwicklungs- und Wirtschaftsvorhaben;
- die Beteiligung an Investitionen zur Erschließung von Energie- und Rohstoffquellen, insbesondere in der Sowjetunion;
- die Erweiterung des Außenhandels zwischen den einzelnen Ländern des RGW und die plätmäßige Verwirklichung der Spezialisierung und Kooperation in Übereinstimmung mit dem Bedarf der sozialistischen Staatengemeinschaft und jedes ihrer Mitglieder;
- die Annäherung der Strukturen der Wirtschaftsmechanismen, die weitere Entwicklung direkter Verbindungen zwischen den Ministerien, Vereinigungen und Betrieben sowie die Schaffung von gemeinsamen Betrieben.⁶⁷

Entsprechend der Bedeutung der *Außenwirtschaft* und der *Valutawirtschaft* für die gesamte wirtschaftliche Entwicklung erklärt sie die Verfassung zum *staatlichen Monopol* (Art. 9 Abs. 5). Dieses Monopol ist zugleich ein dringendes Erfordernis, um die sozialistische Volkswirtschaft vor gravierenden Auswirkungen der Instabilität und Krisen der imperialistischen Wirtschaft zu schützen.

Die Vervollkommnung des demokratischen Zentralismus in der Wirtschaftsleitung zur Verwirklichung der vom X. Parteitag der SED entwickelten ökonomischen Strategie der achtziger Jahre ist ein Prozeß, der sowohl den Inhalt als auch die Struktur der staatlichen Leitung und Planung und die Arbeitsweise der Staatsorgane sowie ihre Wechselbeziehungen zu den gesellschaftlichen Organisationen erfaßt. Hohe Anforderungen ergeben sich für die Tätigkeit der Volkammer und ihrer Organe (vgl. Kap. 10). Das drückt sich vor allem in der Beschlußfähigkeit zum Fünfjahrplan und zu den Volkswirtschafts- und Haushaltsplänen aus. Die Verantwortung des Ministerrates für die Aufstellung und Durchführung der Pläne, für die Koordinierung der Tätigkeit seiner Organe und der Räte der Bezirke bei der Leitung und Planung der Volkswirtschaft nimmt ständig zu (vgl. Kap. 13).

Bei Verstärkung der zentralen Leitung der Volkswirtschaft in den Grundfragen wird die Verantwortung der Kombinate für die Effektivität der Volkswirtschaft erhöht. Mit der Bildung der Kombinate wurde in der Industrie, im Bauwesen, im Transport- und Nachrichtenwesen durchgängig ein zweistufiges Leitungssystem (Ministerium — Kombinat) geschaffen, wurden Leitung und Produktion enger miteinander verbunden. In der Tätigkeit der Kombinate und Betriebe wird die Einheit von Plan, Bilanz, wirtschaftlicher Rechnungsführung und Wettbewerb weiter vertieft.

Eine zunehmende Verantwortung für die Realisierung gesamtwirtschaftlicher An-

67 Vgl. XXVI. Parteitag der KPdSU. Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und die nächsten Aufgaben der Partei in der Innen- und Außenpolitik. Berichterstatter: L. I. Breshnew, Berlin 1981, S. 12.